

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/161  
25. August 1971

Front gegen "Weißer Kragen"-Verbrecher  
Wirtschaftskriminalität wird gezielt bekämpft  
Von Hans Schäfer SPD-MdL  
Justizminister des Landes Niedersachsen  
Seite 1 und 2 / 85 Zeilen

Bessere Unfallrettung dringend notwendig  
Schutzmaßnahmen müssen erweitert werden  
Von Ernst Haar SPD-MdB  
Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundes-  
tages  
Seite 3 / 43 Zeilen

Amtshilfe für die Eltern  
NRW-Kultusminister skizziert die "Bildungs-  
wege"  
Seite 4 / 26 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 808 846 896 847/  
895 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Front gegen "Weißen Kragen"-Verbrecher

Wirtschaftskriminalität wird gezielt bekämpft

Von Hans Schäfer SPD-MdL

Justizminister des Landes Niedersachsen

Wirtschaftsstrafsachen waren und sind auch heute noch in gewisser Hinsicht Stiefkinder der Kriminologie. Tat und Täter sind noch weitgehend unerforscht. Fälle von Subventionsschwindel, Bestechung und Steuerhinterziehung machten zwar Schlagzeilen und Konkursdelikte und Betrügereien mit Baukostenzuschüssen erschütterten nicht nur die Opfer, aber der Durchbruch zu einer Gesamtschau, zur Strategie der Verfolgungsmaßnahmen, kam erst spät - doch nicht zu spät.

Der Schaden für die Volkswirtschaft, den die Wirtschaftsdelikte verursacht haben, ist zweifellos größer als wir gemeinhin annehmen. Groß ist aber auch der Schaden, den Justiz und Polizei und insbesondere das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung genommen haben. Verbreitet ist die Meinung, man begegne den Verbrechern "mit weißem Kragen" mit "angemessener" Zurückhaltung, man "hänge oben die Kleinen und lasse die Großen laufen". Ein Präsident der New Yorker Börse soll einmal gesagt haben, daß es strafrechtlich und sozial riskanter sei, ein Stück Brot zu stehlen, als in betrügerischer Absicht Aktien im Nennwert von Hunderten von Millionen Dollar zu verkaufen.

Vielen Veröffentlichungen der letzten Zeit ist es zu danken, daß die Wirtschaftskriminalität stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt ist. Die analytische Bestandsaufnahme scheint mir in Teilbereichen so weit gediehen zu sein, daß notwendige Konsequenzen und Reaktionen sichtbar werden. Sie liegen im organisatorischen und rechtlichen Bereich.

1/ Es genügt nicht, die Staatsanwälte mit der Bearbeitung von Wirtschaftsstrafsachen zu betrauen und zu hoffen, daß sie mit der Zeit die nötigen Erfahrungen sammeln werden. Gezielte und im Verbund wirkende Maßnahmen müssen hinzukommen. Es ist heute beinahe eine Binsenwahrheit, daß die Wirtschaftskriminalität mit strafrechtlichen Mitteln nur bekämpft werden kann, wenn die Verfahren zügig, konzentriert und mit Fachwissen betrieben werden. Dem Stadium der Erkenntnis muß die Aktion folgen. Ich habe in Niedersachsen für die Bearbeitung von Wirtschaftsstrafsachen aus elf Landgerichtsbezirken drei Schwerpunktsstaatsanwaltschaften eingerichtet. Es galt bei dieser Maßnahme, den Begriff der Wirtschaftsstrafsachen zu umreißen, zu denen m.E. Verbrechen und Vergehen zu zählen sind:

- 1/ nach der Konkursordnung und der Vergleichsordnung;
- 2/ nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Aktiengesetz, dem Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen, dem Gesetz betr. die

Gesellschaften mit beschränkter Haftung und dem Genossenschaftsgesetz;

- 3/ nach den Gesetzen über das Bank-, Depot-, Börsen- und Kreditwesen sowie nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz;
- 4/ nach dem Außenwirtschaftsgesetz, dem Devisenbewirtschaftsgesetz, dem Steuer- und Zollrecht sowie nach dem Wirtschaftsstrafgesetz; und
- 5/ des Betruges, der Untreue, der Unterschlagung, der Bestechung und des Wuchers, soweit zur Beurteilung des Falles besondere Kenntnisse des Wirtschaftslebens erforderlich sind und die große Strafkammer für die Aburteilung zuständig ist.

Dieser Katalog macht deutlich, wie voröringlich die Fortbildung der Wirtschaftssachbearbeiter betrieben werden muß. In Niedersachsen wird ein Ausbildungsprogramm erarbeitet, das den bestehenden Nachholbedarf an Spezialkenntnissen ausgleichen soll.

Für das Haushaltsjahr 1972 habe ich für die Schwerpunktstaatsanwaltschaften die Anhebung von Staatsanwalts-Stellen eingeplant, um qualifizierte Kräfte für dieses Sachgebiet zu gewinnen und der Bedeutung ihrer Tätigkeit den entsprechenden Stellenwert einzuräumen. Ferner sind Stellen für Wirtschaftsreferenten und Buchhalter ausgewiesen. Ihren sachkundigen Rat und die von ihnen betriebene Aufbereitung des Beweismaterials werte ich als einen wesentlichen Bestandteil im Kontext dieser Verbrechensbekämpfung.

Die Konzentration bei der "Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen" bietet allgemein den Vorteil, eine effektive Teamarbeit zu gewährleisten. Zahlreiche verschiedenartige Verfahren vermehren die Informationen, Erfahrungen und Erkenntnisse der Mitsachbearbeiter.

Ein Blick auf das Handwerkzeug des Dezernenten für Wirtschaftsdelikte schafft das sprichwörtliche Unbehagen. Die Überprüfung der einschlägigen Gesetze auf ihre Praktikabilität und Effektivität ist noch nicht weit gediehen. Es spricht schon der Beweis des ersten Anscheins dafür, daß Gesetze, die vom Geist des merkantilen Liberalismus geprägt sind, den aus den heutigen Strukturen erwachsenen Wirtschaftsverbrechen nicht gerecht werden. Es ist zum Beispiel ein unzulänglicher Notbehelf, Wechselreiterei und komplexe Formen von Subventionsschwindel mit dem Betrugstatbestand zu bekämpfen. Bestimmte kriminelle Praktiken erfordern angepaßte repressive Mittel.

Die vorgenommenen und noch zu erörternden Maßnahmen sind kein Allheilmittel zur Verhinderung von Wirtschaftsdelikten. Bei realistischer Einschätzung sind sie aber ein erfolgsversprechendes Bemühen, um den Status quo zugunsten der Rechtsgemeinschaft zu verändern.

(~/ex/25.8.1971/ks)

+ + +

Bessere Unfallrettung dringend notwendig

Schutzmaßnahmen müssen erweitert werden

Von Ernst Haar SPD-MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

In der Bundesrepublik Deutschland sterben jährlich rund 200.000 Menschen, die als Notfallpatienten anzusehen sind. Eine große Anzahl von ihnen, darunter viele Unfallverletzte, könnten gerettet werden, wenn der Rettungsdienst den Anforderungen besser genügen würde. Gewiß ist vieles in dieser Richtung bisher schon geleistet worden, wobei insbesondere die Arbeit der freiwilligen Organisationen eine besondere Würdigung verdient. Es bleibt aber noch eine Reihe von Maßnahmen übrig, die von den zuständigen Stellen ergriffen werden müssen.

Der Unfallrettungsdienst gehört zwar in die Zuständigkeit der Länder, die Bundesregierung strebt jedoch in Zusammenarbeit mit ihnen eine grundlegende Verbesserung der Unfallrettung an und bemüht sich in diesem Bereich der Unfallbekämpfung um eine Lösung der Probleme. Die öffentliche Anhörung vor dem Bundestags-Verkehrsausschuß hat gezeigt, in welche Richtungen die weiteren Anstrengungen gehen müssen. Die Bundesregierung hat sich wiederholt zu Maßnahmen bekannt.

Wir brauchen in Kürze einheitliche Richtlinien für den Rettungsdienst. Dabei kann der Bundesverkehrsminister koordinierend wirken. Ob aber das von vielen geforderte Bundesrahmengesetz, eventuell sogar eine Grundgesetzänderung, notwendig ist, muß bezweifelt werden. Zunächst ist die Finanzierung des Rettungswesens zu sichern. Hier müssen wir nach geeigneten Wegen suchen. Weiter muß das Meldesystem schrittweise verbessert und den modernsten Anforderungen angepaßt werden. Der Notruf 110 besteht z.Zt. in rund 1.000 Ortsnetzen, er sollte aber überall zu einer ständig besetzten Polizeistelle ausgestaltet werden. Hier treten jedoch noch Schwierigkeiten auf, die überwunden werden müssen.

Eine vorrangige Aufgabe ist es auch, die Kenntnisse in Erster Hilfe in der Bevölkerung zu verbreiten und zu erweitern. Ärzte und möglichst auch Lehrer, die hierfür ausgebildet werden müssen, sollten die entsprechenden Kenntnisse vermitteln. Wichtig ist auch das Bestreben möglichst bald das Berufsbild des Transportsanitäters zu schaffen. Es geht nicht länger an, daß dieser den Status eines ungelerten Arbeiters besitzt. Hierfür werden bereits vom Bundesverkehrsministerium entscheidende Vorarbeiten durch entsprechende Modellversuche geleistet. Aus dem Einsatz von Mühschraubern im Unfallrettungsdienst konnten positive Erfahrungen gesammelt werden. Eine Integration ist daher notwendig. Hand in Hand damit sollte aber der Ausbau des Fahrzeugparkes gehen, wobei vor allem mehr Rettungswagen beschafft werden müssen.

Die Zeit drängt. Die Inangriffnahme und Verwirklichung der genannten Maßnahmen muß rasch erfolgen. Erst dann wird der Rettungsdienst den Anforderungen voll gerecht werden können.

(-/ex/25.8.1971/ks)

Amtshilfe für die Eltern

NRW-Kultusminister skizziert die "Bildungswege"

Rechtzeitig zum Beginn des neuen Schuljahres hat das nordrhein-westfälische Kultusministerium die neueste Auflage der Broschüre "Bildungswege an den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen" herausgebracht. Der Sozialdemokrat Jürgen Giergensohn betonte in seinem Vorwort, daß das rd. 200 Seiten starke Buch der "Öffentlichkeit zur allgemeinen Information über die Bildungs- und Ausbildungswege dienen" solle. In erster Linie sei dabei an die Eltern gedacht, "die für ihr Kind einen geeigneten Bildungsweg" suchten.

Giergensohn wies auch darauf hin, daß sich die einzelnen Schulformen in der letzten Zeit immer mehr angenähert hätten und daß man dem Ziel einer horizontalen Gliederung des Schulwesens bereits so nahe gerückt sei, daß die "Bildungswege" zum ersten Mal nicht nach Schulformen, sondern nach Schulstufen gegliedert worden seien.

Die Broschüre, die, wie das Kultusministerium mitteilte, als "eine gute Orientierungshilfe" über die "Bildungsmöglichkeiten dienen soll, die in den letzten Jahren geschaffen wurden", klärt über Bildungsziele, Aufnahmebedingungen und Berechtigungen für jede einzelne Schulform einschließlich der Hochschulen sowie über Gesetze, Verordnungen und Erlasse auf. Diese "Bildungswege", in denen u.a. auch Literaturhinweise, Anschriften von Schulaufsichtsbehörden, Schulen und Hochschulen aufgeführt sind, sollen nach Ansicht des Kultusministers nicht nur den Eltern helfen, sondern auch den "am Lehrerberuf interessierten Abiturienten und Studenten einen Einblick in den Teil des Bildungswesen" verschaffen, "den sie aus eigener Erfahrung nicht kennen". (re/ex/25.8.1971/ks)